

Post aus Berlin

Newsletter der
AfD Landesgruppe Bayern
im Deutschen Bundestag



www.afdbayern.de

AfD



Bürger Steinmeier verdreht in gefährlicher Weise die Realität

Peter Boehringer zu den unanständig-antidemokratischen Vorwürfen des Bundespräsidenten, Millionen von AfD-Wählern seien antibürgerlich.

Dritter Teil

Ein Bundespräsident, der rabulistisch, anlassfrei und in einer ganz eigenen Definitionswelt der AfD die Bürgerlichkeit abspricht, versteht sein Amt nicht mehr überparteilich. Er leistet auch weder der Demokratie, noch der Rechtsstaatlichkeit noch dem inneren Frieden noch der wahren Bürgerlichkeit einen Dienst!

Ich bin sogenannter „Berichterstatter“ der AfD für den Haushalt des Bundespräsidenten. Als solcher kontrolliere ich seit 2017/18 den Haushalt der Institution „Bundespräsident und Bundespräsidialamt“. Zu den Arbeitssitzungen in Schloss Bellevue gehören auch gelegentliche Mittagessen und Diners mit dem Bundespräsidenten. Ich werde künftig am Diner-Teil dieser Sitzungen nicht mehr teilnehmen. Die AfD unterstützt keine stets einseitigen, pseudointellektuell verbrämten Tischgespräche. Mein persönlicher Masochismus hat Grenzen.

Ausgerechnet uns die Bürgerlichkeit abzusprechen, ist ein derartiger Affront des obersten Diplomaten und obersten Repräsentanten Deutschlands, dass im Prinzip jede Öffentlichkeitsarbeit des Bundespräsidenten per se nicht neutral sein kann. Vom offenkundigen Widerspruch ganz abgesehen, dass die 68er SELBST früher alles nur nicht „bürgerlich“ sein wollten. DAS sind die achso-„Bürgerlichen“, die uns heute regieren und UNS heute das „Bürgerliche“ nicht nur ERKLÄREN,

sondern ABSPRECHEN wollen. Man könnte sich diesen dummdreisten Real-Witz nicht einmal mit viel Kreativität ausdenken. Wir verwahren uns gegen derartige Verleumdung von völlig Unberufenen.

Am Schlimmsten an Steinmeiers Äußerungen ist, dass sie in wahrhaft unseliger Tradition stehen. In früheren, totalitären Regimes wurden Menschen und ganze Bevölkerungsgruppen zuerst bewusst ausgegrenzt, dann verfolgt. Im National-Sozialismus etwa wurde Regimekritikern die „Zugehörigkeit zur Volksgemeinschaft“ abgesprochen, in der DDR wurden Dissidenten und Regierungskritiker von der StaSi und vom Regime als „Feindlich-negative Personen“ verunglimpft. Oftmals wurden daraufhin dann die Bürgerrechte dieser Personen aberkannt! Erleben wir nun im aktuellen Deutschland erneut die Vorbereitung der Aberkennung der Bürgerrechte für all jene, die ihr urdemokratisches Recht auf Kritik ausüben?! Es ist fatal und inakzeptabel, dass sogar der Bundespräsident an dieser absurden und hoch gefährlichen politischen Kampagne mitmacht!

Mein persönlicher, symbolischer Protest dagegen ist der Boykott des Diners beim Bundespräsidenten. Selbstredend komme ich meiner haushalterischen Kontrollarbeit wie immer nach. Konstruktiv, kritisch und aufgeklärt natürlich – BÜRGERLICH also!

Peter Boehringer, MdB

Wahlkreis 232: Amberg

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Vorsitzender

Haushaltsausschuss

Ordentliches Mitglied

Haushaltsausschuss

Unterausschuss zu Fragen der Europäischen Union

Stellvertretendes Mitglied:

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

@ peter.boehringer@bundestag.de



[/Peter.BoehringerCom/](https://www.facebook.com/PeterBoehringerCom/)

Peter Felser, MdB Stellv. Fraktionsvorsitzender

Wahlkreis 256: Oberallgäu

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag
Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft
Stellv. Mitglied
- Verteidigungsausschuss
- 1. Untersuchungsausschuss des Verteidigungsausschusses
(Beraterverträge)

Mitglied der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“

✉ peter.felser@bundestag.de

🐦 [@PeterFelser](https://twitter.com/PeterFelser)

📘 [/peterfelserafd](https://www.facebook.com/peterfelserafd)

🌐 www.peterfelser.de



Bei unseren Soldaten in Kunduz und Priština

Anfang Dezember war ich bei den Soldaten in den Einsatzgebieten Kosovo und Afghanistan. Wir als AfD-Politiker lehnen Auslandseinsätze, die nicht dem deutschen Interesse dienen, grundsätzlich ab. Trotzdem kümmern wir uns immer um die Soldaten, nicht zuletzt weil wir selbst im Einsatz waren. Was mich am meisten überraschte, war die in Deutschland beinahe unbekannte Tatsache, daß es regelmäßig Angriffe auf das Feldlager Kunduz gibt. Angriffe gegen die sich die Soldaten kaum wehren können. Zwar verfügen die Einheiten über Drohnen, die feindliche Raketen- oder Artilleriestellungen aufklären können. Bei der Bekämpfung sind die deutschen Soldaten aber auf amerikanische Luftunterstützung angewiesen. Auch bei der Logistik und beim Luftransport besteht eine große Abhängigkeit von der US-Armee. Die Flüge der Deutschen haben eine geringere Priorität als amerikanische Bedürfnisse und so muss ein Familienvater schon mal damit rechnen, daß sein Heimflug sechs mal verschoben wird. Ich habe

mich auch eindringlich mit der Ministerin, Annette Kramp-Karrenbauer, über diese Mißstände unterhalten. An die Soldaten gerichtet kann ich sagen: Seid versichert, daß ich mit meinen Kollegen des Arbeitskreis Verteidigung weiterhin für Euch kämpfen werde!

Ärger mit Gesetzesänderung zum Waffenrecht

Die Bundesregierung ist bei der Umsetzung der EU-Feuerwaffenrichtlinie weit über die Vorgaben der EU hinausgegangen. Es werden in inakzeptabler Weise die Sportschützen, Waffensammler und Jäger, ohne einen Sicherheitsgewinn zu erzielen, drangsaliert und kriminalisiert. In Europa ist in den letzten Jahren kein Terroranschlag mit einer legal in Besitz befindlichen Schusswaffe begangen worden. Verschärfte Regelungen für Legalwaffenbesitzer werden Kriminalität und Terrorgefahr nicht senken. Gemeinsam mit meinem Kollegen Martin Hess setze ich mich dafür ein, diesen Prozess der Kriminalisierung gesetzestreu Bürger aufzuhalten bzw. rückgängig zu machen.

Vorsitz der Kinderkommission

Liebe Mitstreiter,
meine Vorsitzzeit in der Kinderkommission neigt sich dem Ende zu und es ist an der Zeit Bilanz ziehen. Neben dem wichtigen Thema der demographischen Katastrophe war diese vor allem dem Kampf gegen Gewalt an Kindern, insbesondere der sexuellen Gewalt, gewidmet. Dieses Thema ist ein gesellschaftliches Tabu, man neigt dazu, es wegzuschieben und sich damit nicht befassen



zu wollen, weil es einen an die eigenen Grenzen bringt. Unabhängig davon ist der Missbrauch existent und allgegenwärtig. Er geschieht in Familien, in kriminellen Netzwerken, in anerkannten Institutionen und Organisationen. Meine Aufgabe sehe ich darin, das Unsagbare sagbar zu machen, das Unsichtbare sichtbar zu machen sowie in der Prävention und der Verfolgung die Mechanismen zu verbessern.

Es ist uns gelungen, durch 6 Sitzungen mit diversen Fachvorträge von Ärzten, Ermittlern und Vereinen eine erhebliche Anzahl von Verbesserungsvorschlägen zu sammeln aus denen nun eine offizielle Stellungnahme der Kommission an die Bundesregierung geleitet wird. Anerkennend ist zu erwähnen, dass auch die anderen Fraktionen bei diesem wichtigen Thema konstruktiv mitgewirkt hatten. So durften wir als Referentin auch die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger bei uns be-

grüßen. Sie referierte eindrücklich und frei jeglicher diplomatischer Umschreibungen über ihre Erlebnisse in der Aufarbeitungsphase des Missbrauchs in der katholischen Kirche und gab darüber hinaus hilfreiche Hinweise in Bezug auf die, durch die Bundesregierung nur schleppend verfolgten Verbesserungsvorschläge des damals eingerichteten „Runden Tisches“.

Nachdem bei jeder Sitzung Vertreter des Familienministeriums und der Bundesregierung anwesend waren, bin ich froh, dass als Reaktion auf unsere Initiative der „Nationale Rat gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen“ ins Leben gerufen wurde, dessen Mitglied ich bin.

Ich werde mich diesem Thema weiterhin mit voller Kraft annehmen und für die Unversehrtheit unserer Kinder kämpfen.

Liebe Grüße,
Ihr
Johannes Huber

Johannes Huber, MdB

Wahlkreis 214: Freising, Pfaffenhofen, Schrobenhausen

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss (Obmann)
- Ausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Frauen
- Kinderkommission
- Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft (Stv.)
- Schriftführer im Bundestag



johannes.huber@bundestag.de



[@HuberMdB](https://twitter.com/HuberMdB)



[/Johannes.Huber.AfD](https://www.facebook.com/Johannes.Huber.AfD)



Rainer Kraft, MdB Landesgruppenchef

Wahlkreis 253: Augsburg-Land

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

Obmann

- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Ordentliches Mitglied

- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
- Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

 rainer.kraft@bundestag.de

 [/dr.rainer.kraft](https://www.facebook.com/dr.rainer.kraft)

 [@Dr_Rainer_Kraft](https://twitter.com/Dr_Rainer_Kraft)

 www.rainer-kraft-mdb.de

Wenn alte Zöpfe angeschnitten werden

Anfang Dezember trat eine Änderung der Gepflogenheiten des Deutschen Bundestages ein. Tagesordnungspunkte der Donnerstagsitzung im Plenum wurden auf den Mittwoch vorgezogen. Des Weiteren wurde die Fragestunde erneut gekürzt und die Redezeit bei gewissen Tagesordnungspunkten von 37 auf 30 Minuten reduziert. Das Sitzungsende am Donnerstag soll nun gegen zirka. 22:00 Uhr erreicht werden anstatt wie bisher in den tiefen Nachtstunden.

Formal wurden diese Änderungen vorgenommen um die Belastungen für die Angestellten des Bundestages zu reduzieren. Auch die Schwächeanfälle zweier Abgeordneter im Plenum sollen bei den Entscheidungen eine Rolle gespielt haben.

Bemerkenswert ist, dass die AfD-Fraktion bereits im Jahr 2018 Anregungen gegeben hat, wie die Plenarzeiten entzerrt werden können. Selbstverständlich wurden diese Vorschläge der ‚Neulinge‘ brüsk abgewiesen. Man wusste eben besser wie das Parlament zu laufen hat. Was in der Diskussion aber vollständig unter den Tisch fällt ist, was kurz vor den Änderun-

gen in den Donnerstagnacht Sitzungen passiert ist. Noch im Juni vor der Sommerpause und danach im Herbst wurden Anträge der AfD auf Feststellung der Beschlußfähigkeit ziemlich offensichtlich geschäftsordnungswidrig von zwei verschiedenen Präsidien abgelehnt. Erst das Mittel der namentlichen Abstimmung zwang dann das Präsidium, über diesen Weg die Beschlußfähigkeit zu ermitteln, die nicht einmal ansatzweise gegeben war. Da es bei dem Mittel der namentlichen Abstimmung keine Möglichkeit für das Präsidium gibt diesen Wunsch einer Fraktion zu übergehen war dies ein sehr probates Mittel, die nach der Geschäftsordnung nötige Beschlußfähigkeit überprüfen zu lassen.

Und was passiert? Kurz nach dieser ersten namentlichen Abstimmung kommt die Ankündigung die Donnerstagnacht Tagesordnungspunkte auf den Mittwoch zu verschieben, was dann auch eine Sitzungswoche später umgesetzt worden ist. Was für ein Zufall. Aber dazu kann sich ja jeder selbst seine Gedanken machen.



**Hans-Jörg Müller, MdB
Parlament. Geschäftsführer**

Wahlkreis 225: Traunstein

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Ordentliches Mitglied**
- **Ausschuss für Wirtschaft und Energie**

✉ hansjoerg.mueller@bundestag.de

f [/MdB.Mueller](https://www.facebook.com/MdB.Mueller)



Ohne Übungsplatz keine Bundeswehr

In meinem Wahlkreis, Traunstein / Berchtesgader Land, gibt es, noch, zwei Standorte der Bundeswehr. Einer, Traunstein, wurde bereits vor langer Zeit aufgegeben.

In Berchtesgaden / Strub und Bad Reichenhall finden sich nach wie vor die Kasernen der Gebirgsjäger 23; die Soldaten dieser zwei Bataillone, 231 und 232, befinden sich im Wechsel im Auslandseinsatz für die verschiedensten Aufgaben, welche diesen durch die Politik gestellt werden.

Die Gebirgsjäger in Bad Reichenhall haben als Übungsgelände das nahegelegene „Kirchholz“ zur Verfügung. Da mit zunehmenden Aufgaben auch die Anforderungen an die Truppe steigen, ist es unabdingbar, dass auch das militärische Übungsgebiet mehr beansprucht wird, als dies bisher der Fall war. Zudem ändert sich mit der technologischen Entwicklung auch der Waffeneinsatz.

Im Verlauf der letzten Jahrzehnte wurde der Übungsplatz im „klassischen“ Sinn für die Ausbildung der Soldaten genutzt. Das führte dazu, dass

das Übungsgelände in der Zeit, in welcher die Bundeswehr dort nicht übte, für Zivilisten frei zugänglich war.

Durch die Änderungen in der Truppe, kann allerdings nun ein weiterer freier Zutritt für die Bürger nicht mehr gewährleistet werden, da die Haftung für die Sicherheit von Zivilisten auf dem Gelände nicht mehr von der Bundeswehr übernommen werden kann.

Als Abgeordneter in einem Stimmkreis mit zwei solch wichtigen Standorten der Bundeswehr, stelle ich mich voll und ganz hinter die Entscheidung, dass dieser Bereich nun als militärischer Sicherheitsbereich deklariert werden soll.

Die Alternative nämlich, weiter allen freien Zugang zum Gelände zu lassen, würde im Endeffekt dazu führen, dass die Kaserne in Bad Reichenhall über kurz oder lang aufgelöst werden würde, da den Soldaten der Übungsplatz wegfällt.

Ein souveränes Deutschland braucht eine verteidigungs- und einsatzfähige Bundeswehr!



Tobias Peterka, MdB
stellv. Landesgruppenchef

Wahlkreis 237: Bayreuth

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- **Stellv. Vorsitzender**
 - Unterausschuss Europarecht
- **Ordentliches Mitglied**
 - Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
 - Mitglied im Fraktions-Arbeitskreis Wahlrechtsreform

@ tobias.peterka@bundestag.de

/tobiasmpeterka

/tobiaspeterka



Groko ist sich eigener Mehrheit bei Aufrechterhaltung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG) nicht sicher

Dass die Fraktionen, welche eine Regierung stützen, per Mehrheit Entscheidungen im Parlament „durchstimmen“, ist eine der Grundlagen des parlamentarischen Ablaufs. Was die Groko aber im Fall des inzwischen zwei Jahre alten NetzDG veranstaltet, ist vielmehr eine Zumutung. Seit unter dem Strich zwei Jahren existieren mehrere Anträge zur Abschaffung dieses „Stasi-Light“-Gesetzes. Natürlich auch von der AfD, bei Verschieben der wenigen sinnvollen Regelungen in das Telemediengesetz.

Diese Anträge liegen derzeit wortwörtlich im Rechtsausschuss und werden dort durch die Groko-Mehrheit immer wieder von der Tagesordnung gestimmt. Heißt also, sie kommen mangels Behandlung nicht zurück ins Plenum. Der Beratungsprozess von Gesetzen war so niemals gedacht. Die zweite Debatte mit Beschluss wird verhindert. Nun ist nach § 62 Abs. 2 der Geschäftsordnung ein „Bericht“ über diesen Zustand im Plenum erzwungen worden. Folge war de facto eine erneute Debatte, aber ohne Be-

schlussmöglichkeit. Weshalb Union und SPD sich partout weigern, die Abschaffungs- und Reformgesetze der Oppositionsfraktionen abstimmen zu lassen, kann nur bedeuten: die interne Mehrheit dafür ist nicht sicher und die Spannung in der Sache zu groß. Als Ausrede kamen nämlich durchschaubare Behauptungen, man müsse noch weiter Abwarten, wie das Gesetz sich auswirkt. Die Anträge von FDP und AfD seien ja überholt. Jedoch will die Groko zumindest nach außen ohnehin am NetzDG festhalten, während AfD (und FDP) eine Abschaffung fordern. Ein Kompromiss, der sich zeigen könnte, ist also gar nicht denkbar! Ergo ist jedes Abwarten sinnlos.

Die FDP stellte noch einen Annex-Antrag zu der Geschäftsordnungsdebatte, dass der Rechtsausschuss gezwungen wird (also die Groko-Mehrheit dort), die Anträge gegen das NetzDG noch im Januar im Plenum abstimmen zu lassen. Die Mehrheit wurde knapp verfehlt. Die Ausschüsse des Bundestages werden nunmehr also nicht nur ihrer rechtmäßigen Vorsitzenden beraubt, sondern blockieren per Mehrheit den demokratischen Prozess der Gesetzesberatung.

Ideologie statt Realitätssinn:

So funktionieren unsere Städte bald nicht mehr!

Es ist beängstigend: Mit Siebenmeilenstiefeln verabschieden sich der Bundestag genauso wie viele Städte immer mehr von der Wirklichkeit und ergeben sich linksgrünen Träumereien. Alle politischen Dämme brechen im Überschwang der „Klimapolitik“.

Vor allem wird das Auto immer mehr verteufelt. Schließlich bedeutet es individuelle Freiheit und erlaubt maximale eigene Entscheidungen über die gefahrenen Wege. Das steht allen im Wege, die jetzt mit Planung von oben den Energieverbrauch rationieren und damit das Klima retten wollen.

Die GroKo in Berlin will Nahverkehrsprojekte in den Städten viel stärker fördern als bisher. Dazu sollen die Zuschüsse nach dem „Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz“ (GVFG) bis 2025 sechsfach werden. Bundesmittel gibt es dabei nur für Busse und Bahnen, aber nicht für Straßen. Will eine Stadt einen Straßentunnel oder eine Tiefgarage bauen, muss sie auf Landesmittel hoffen, sonst bleibt sie auf den Kosten alleine sitzen.

Bundesmittel werden auch für überörtliche Radwege aufgestockt. Was in dieser politischen Besoffenheit völlig übersehen wird, ist die geringe Verkehrsleistung des Fahrrads. Entscheidend ist

beim Vergleich zwischen Fahrrad, Auto und Bahn nämlich nicht nur, wie oft man ein- oder aufsteigt, sondern wie weit man damit fährt. Entscheidend als Messgröße sind die „Personenkilometer“, nicht die Anzahl der Fahrten. Wenn Städte wie München jetzt Fahrspuren für Radwege opfern, verringern sie die Leistungsfähigkeit ihrer Infrastruktur oftmals dramatisch.

Das böse Erwachen wird kommen, wenn die klimatrunkenen etablierten Politiker, aber auch ihre Wähler erkennen, dass viele Wege mit dem Fahrrad im Alltag nicht bewältigt werden können und dass für sehr viele Leute der Weg zur Arbeit mit Bus und Bahn ausgesprochen beschwerlich ist. Wenn es soweit ist, werden z.B. viele Straßen und Parkplätze aber schon unwiederbringlich verloren sein, Geschäfte in den Innenstädten aufgegeben, Wohnsiedlungen heruntergekommen. Dann kommen auf die Städte große gesellschaftliche Konflikte zu.

Die Rolle der AfD im Bundestag wie auch in Landtagen, Stadt- und Gemeinderäten ist dagegen diejenige der Vernunft. Wir werden diejenigen sein, die dann „schon damals“ (nämlich: heute) vor dem Desaster gewarnt haben!



Wolfgang Wiehle, MdB

Wolfgang Wiehle, AfD

Wahlkreis 219 München-Süd

Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

- Petitionsausschuss
- Schriftführer
- 2. Sprecher im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

✉ wolfgang.wiehle@bundestag.de

f /W.wiehle

www www.wolfgang-wiehle.de

**Gefällt Ihnen unser
Newsletter?**

Wir freuen uns über Ihr Feedback unter:
landesgruppe@afdbayern.de



**Politik für Deutschland
AfD Bayern im Bundestag**